

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 60

Artikel: Sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie : Visionen und Widersprüche im Parteiprogramm der SP Schweiz
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie

Visionen und Widersprüche im Parteiprogramm der SP Schweiz

Die SP Schweiz hat sich auf dem Parteitag Ende Oktober 2010 ein neues Programm *Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie* gegeben.¹ Etwas voreilig, wie die erst nach dem Programmparteitag angestossene Debatte zeigt. Die NZZ stellt nicht frei von Schadenfreude fest, dass „sich massgebende Genossinnen und Genossen darin überbieten, zu den Beschlüssen ihrer Basis (Kapitalismus überwinden, Armee abschaffen) Distanz zu markieren“, weshalb „die SP wie ein versprengter Haufen“ (25.3.2011) wirke. Orientierungs- und Theoriedefizite lassen sich offenkundig nicht über Parteitagsbeschlüsse beheben.

Das neue Parteiprogramm ist unbeschadet seiner Vor- und Nachgeschichte besser als sein medial ramponierter Ruf. Es zeigt Perspektiven auf, wie ein demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts aussehen könnte. Dass es noch an Lücken und Widersprüchen krankt, ist in dieser Zeit zwischen den Zeiten des Nichtmehr und Nochnicht wohl unvermeidlich. Daran zu arbeiten gehört zur linken Denkarbeit, innerhalb und ausserhalb der Partei, auch in diesem Beitrag.

Ausgehend von den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“, mit denen die Arbeiterbewegung die Trikolorewerte der Französischen Revolution beerbte, ist das Programm dem demokratischen Sozialismus verpflichtet. Die „Vision“ einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft orientiert sich an diesen Grundwerten, die ‘erkenntnisleitend’ auch in die Analyse des zu seiner neoliberalen Kenntlichkeit sich entwickelnden Kapitalismus eingehen. Die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche ist die Antwort auf die neoliberale Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche. Je besser es gelingt, die Wirtschaftsdemokratie in der Dialektik von Ökonomie und Ökologie zu orten, desto eher kann daraus eine neue, eine rot-grüne Gegenhegemonie entstehen.²

1. Visionen, Grundwerte, Menschenbild

1.1. Demokratischer Sozialismus

Entgegen dem Willen der Parteileitung hat der Programmparteitag den „demokratischen Sozialismus“ und nicht mehr nur die „Wirtschaftsdemokratie“ als „unsere Vision“ erklärt. Das ist richtig, weil „Wirtschaftsdemokratie“, für sich genommen, einer ökonomistischen Verengung erliegen müsste. Demokratischer Sozialismus meint ja die Überwindung aller, nicht nur der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse, die umfassende Partizipa-

tion der Menschen im Sinne ihrer Teilhabe an den Gütern und Ressourcen als auch ihrer Teilnahme an den Entscheidungen von Staat und Gesellschaft, darüber hinaus eine solidarische Ethik, eine neue Kultur, den Pluralismus der individuellen Lebensentwürfe sowie die Offenheit für religiöse und weltanschauliche Überzeugungen. Demokratischer Sozialismus unterliegt nicht dem Zwang eines ein für allemal festgelegten Begriffs oder Modells, sondern steht für eine regulative Idee, die nicht anders als in Annäherungen verwirklicht werden kann.

Das Festhalten am demokratischen Sozialismus liegt aber auch in der Logik der Programmgeschichte. Demokratischer Sozialismus hatte sich bis 1989 ja nicht nur als Alternative zum herrschenden Kapitalismus, sondern auch als Alternative zum „real existierenden Sozialismus“ verstanden. Die Grundwerte des Sozialismus sollten sich in seinen Methoden widerspiegeln, diese sich auf die Menschenrechte und die politische Demokratie stützen. Die SP hielt darum in ihrem Luganeser Programm 1982 fest: „Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden.“ Umso seltsamer, widersprüchlicher, wäre es, wenn nach dem Ende dieses Systems der demokratische Sozialismus nicht mehr die Alternative bezeichnen sollte, als die er durch „1989“ weit mehr bestätigt als widerlegt wurde.

1.2. Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Das Programm weiss um die Wurzeln seiner Grundwerte im „revolutionären Dreigestirn der Aufklärung ‘Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit’“: Ihnen sei die Sozialdemokratie seit ihren Anfängen verpflichtet, während das Bürgertum „nur die Freiheit zu seinem Projekt gemacht und darunter erst noch vorab die Freiheit der Besitzenden verstanden“ habe. Mit der SP als „Wertepartei, die allen Menschen offen steht, die ihre Grundwerte teilen“, bekennt sich das Programm zu einem ethischen Sozialismus, wie er sich nicht erst seit 1989 aufdrängt. Je weniger determiniert und vernünftig der Geschichtsverlauf erscheint, umso wichtiger wird der ‘subjektive Faktor’. Arnold Künzli hat schon 1986 festgehalten: „Der Tod der Geschichtsphilosophie verweist allen Sozialismus zurück auf Ethik und Moral.“³

Aufschlussreich und weiterführend ist die Art und Weise, wie das Programm den Grundwert der Freiheit mit dem Grundwert der Gleichheit verknüpft: „Freiheit verdient diesen Namen für die Sozialdemokratie nur, wenn sie allen Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes und würdiges Leben zu führen und gleichberechtigt am Wirtschaftsprozess teilzunehmen.“ So darf denn auch die „Wirtschaftsfreiheit“ dem Programm zufolge „nicht allein das Vorrecht jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu einem Wirtschafts-

bürgerrecht fortentwickelt werden, damit alle an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen der Wirtschaft mitbestimmen können.“

Damit wird auf der Wertebene ein Fundament für die Wirtschaftsdemokratie gelegt, das der bürgerlichen Ideologie vertraut ist, aber zugleich deren Problematik aufzeigt. Soll die Wirtschaftsfreiheit nämlich die von der bürgerlichen Ideologie behauptete menschenrechtliche Qualität aufweisen, muss sie verallgemeinerungsfähig sein, folglich auch allen arbeitenden Menschen zukommen. Das hat anlässlich der Debatte um die Mitbestimmungsinitiative 1975 im Nationalrat selbst der damalige freisinnige Volkswirtschaftsminister Ernst Brugger eingeräumt. Er bezeichnete die Mitbestimmung der Arbeitenden als ein „Teilhaberrecht“, um „einer grösseren Anzahl von Bürgern die Teilnahme an den Freiheitsrechten der Verfassung, insbesondere an der Wirtschaftsfreiheit zu ermöglichen“ und „zu verhindern, dass immer mehr Bürger lediglich zu Konsumenten des Freiheits- und Wohlfahrtsstaates werden“.⁴

Leider versäumt es das Programm, in analoger Weise die Menschenwürde zu thematisieren. Folgt nämlich aus der Menschenwürde der Vorrang des Menschen vor allem, was nicht „Zweck an sich selbst“ (Kant) sein kann, so auch der systemsprengende Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Gehört Arbeit zur Selbstverwirklichung des Menschen, dann steht Arbeit als personaler Faktor höher als Kapital, das bloss ein instrumentaler Faktor sein kann. In seiner Arbeit engagiert sich der Mensch mit seiner ganzen Person, mit seinen beruflichen, sozialen und menschlichen Fähigkeiten sowie mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Demgegenüber leistet die Seite des Kapitals keinen vergleichbaren Einsatz. Sie investiert lediglich Geld- und Sachmittel, trägt eigenes Risiko lediglich mit dem Vermögen, in grösseren Unternehmungen nur bis zur Höhe des eigenen Anteils (Aktien). Umso skandalöser ist das in der kapitalistischen Rechtsordnung fehlende, jedenfalls nicht einklagbare Recht auf Arbeit. Oder wie Arnold Künzli schrieb: „Der Satz des deutschen Grundgesetzes: ‘Die menschliche Würde ist unantastbar’, wird durch jeden unfreiwillig Arbeitslosen demontiert.“⁵

Stark ist das Grundwertekapitel in seinen Ausführungen über die Solidarität als „wichtigste Handlungsmaxime für die SP“. Solidarität wird definiert als „jede Form von Politik und persönlichen Verhaltensweisen, die auf Teilnahme und gemeinsamem Handeln beruhen und auf die möglichst gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen für alle Menschen abzielen“, auch „als bewusste Parteilnahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur“. Anhand von drei Solidaritäten betont das Programm nachdrücklich die universelle Bedeutung der Grundwerte: „Für die SP gibt es drei zentrale Solidaritäten: Solidarität in der eigenen Gesellschaft, internationale Solidarität und Solidarität mit den Nachgeborenen.“

1.3. Emanzipatorisches Menschenbild

Das Menschenbild, das diesen Grundwerten zugrunde liegt, ist nicht essentialistisch fixiert, sondern emanzipatorisch offen. Die Menschen sollen sich nach ihren eigenen Neigungen und Fähigkeiten frei entfalten können. Sie benötigen dazu jedoch mehr als die abstrakte Freiheit und Gleichheit der bürgerlichen Rechtsordnung. Das Programm erinnert an die noch weitgehend unabgegoltenen sozialen „Rechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Existenzsicherung“ und fordert darüber hinaus neue Partizipationsrechte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die „Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche“.

Es geht bei dieser Demokratisierung nicht einfach um die Übertragung der politischen Demokratie auf weitere Bereiche des sozialen Lebens, sondern um die Konsequenz aus einem gemeinsamen, sowohl dem Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft normativ zugrunde liegenden Partizipationsprinzip. Der Sozialethiker Arthur Rich hat es folgendermassen definiert: „dass gesellschaftliche Macht-, Rechts- und Weisungsstrukturen nur in dem Mass dem Menschlichen zu entsprechen vermögen, als sie auf das Teilhabenkönnen aller Beteiligten bzw. Betroffenen an den durch diese Strukturen begründeten Mächten, Rechten und Befugnissen ausgerichtet sind und damit der Bildung von einseitigen Privilegien entgegenwirken“.⁶

Es geht um nicht weniger als um die Einheit des Menschenbildes. Vor allem im Verhältnis von Politik und Wirtschaft können auf die Länge nicht zwei gegensätzliche Menschenbilder miteinander koexistieren, ein autonomes und emanzipatorisches der Selbstbestimmung im demokratischen Staat einerseits, ein heteronomes und autoritäres der Fremdbestimmung in der kapitalistischen Wirtschaft andererseits.

Neoliberale haben die Einheit ihres Menschenbildes insofern begriffen, als sie – unter umgekehrtem Vorzeichen – den Staat immer mehr der kapitalistischen, auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln fokussierten Wirtschaft unterwerfen und ihn bis in seine Restbestände auf die Karikatur des Kunden statt auf den Citoyen und die Citoyenne ausrichten wollen. Die Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche ist daher die logische Konsequenz aus der Einheit des in der kapitalistischen Wirtschaft dominierenden Menschenbildes.

Aus dem emanzipatorischen Menschenbild dagegen folgt die Einführung von Partizipationsrechten an allen Entscheidungen, die für die heute lebenden Menschen und für die kommenden Generationen von Bedeutung sind, auch und vor allem in der Wirtschaft. Von daher entwirft das Parteiprogramm seine gegenhegemoniale Strategie: „Mit dem strategischen Ziel ‘Wirtschaftsdemokratie’ eröffnen wir ein neues politisches Aktionsfeld mit weitem zeitlichem Horizont. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist als

politischer Prozess zu verstehen und zu praktizieren, der im Hier und Heute ansetzt und den wir weiterentwickeln wollen. Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche.“

2. Wirtschaftsdemokratie

2.1. Verwerfungen des Kapitalismus

Dieser sozialetische Diskurs hebt nicht ab von der *Zeit, in der wir leben*, wie das erste Kapitel des Programms überschrieben ist. Analysiert werden die weltweiten sozialen Verwerfungen und ökologischen Zerstörungen im Zuge der neoliberal bestimmten Globalisierung mit dem Finanzkapital als „treibender Kraft“. Seine Spekulation untergräbt eine demokratisch legitimierte „Geld- und Fiskalpolitik und überträgt regionale Krisen in Windeseile auf die gesamte Weltwirtschaft“. Die Analyse verweist auf die weltweiten Einkommens- und Vermögensdisparitäten mit der Hungerkrise als Folge: „1 Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt, 40 Millionen sterben jedes Jahr an Hunger oder dessen unmittelbaren Folgen.“ Hinzu kommt die Ausbeutung natürlicher und nicht regenerierbarer Ressourcen: „Der ausbeuterische Umgang mit der Natur, insbesondere mit den fossilen Energieträgern, hat zu einer Erderwärmung und einem Klimawandel geführt, die den Lebensraum Erde existenziell gefährden. Von den Folgen sind die bereits heute benachteiligten Menschen am meisten betroffen, obschon sie am wenigsten zur Klimaerwärmung beitragen.“

Unter dem demokratischen Gesichtspunkt besonders gravierend ist der „Machtzuwachs transnationaler Unternehmen“; „die 500 grössten multinationalen Konzerne kontrollieren über die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts“. Damit einher geht ein „Machtverlust der demokratischen Nationalstaaten“. „Diese werden in einen Standort- und Steuerwettbewerb getrieben, der im Wesentlichen zulasten des Sozialstaates und der Erwerbstätigen und zugunsten der hoch mobilen Unternehmen und einer kleinen Schicht von Superreichen geführt wird.“ Die Dialektik der neoliberalen Deregulierung der Wirtschaft durch die Politik schlägt um in „eine Regulierung der Politik durch die Wirtschaft, statt dass die demokratische Politik die Wirtschaft regulieren würde. Der Staat verliert an Macht, die Demokratie an Boden, das private Streben nach maximalem Profit drängt das Streben nach Gemeinwohl in die Defensive; die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Die autoritäre Wirtschaft gefährdet die politische Demokratie.“ Dass es diesen neoliberalen Kapitalismus zu überwinden gilt, ist die selbstverständliche, wenn auch am meisten umstrittene Aussage des Programms. Aber genügt dem Anspruch, was das Programm als Demokratisierung der Wirtschaft vorschlägt?

2.2. Demokratisierung als Prozess

Zunächst fällt auf, dass sich die Wirtschaftsdemokratie, wie sie im Programm konzipiert wird, weitgehend auf den nationalen Rahmen beschränkt, was den globalisierten Kapitalismus nicht sonderlich beeindrucken dürfte. Aber auch für den nationalen Rahmen fehlt es im Einzelnen an der Analyse demokratischer Defizite in der Wirtschaft, die es zu beheben gälte. Entsprechend undurchdacht sind viele der hier vorgetragenen Demokratisierungspostulate. Es kommt nicht von ungefähr, dass die SP keines von ihnen in ihr jüngstes 10-Punkte-Wahlprogramm aufgenommen hat, obschon es an der vorn zitierten Stelle heisst, die „Demokratisierung der Wirtschaft“ sei „als politischer Prozess zu verstehen und zu praktizieren, der im *Hier und Heute* ansetzt“.

2.2.1. Service public

Die Aussagen zum Service public stehen für bestenfalls Angedachtes. Da wird behauptet: „Mit dem Service public gibt es in der Volkswirtschaft Bereiche und Betriebe, die ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt sind.“ Das sind sie aber nur bedingt; denn unter der neoliberalen Hegemonie werden immer mehr staatliche Unternehmen verselbständigt, mit der mehr oder weniger versteckten Agenda, sie längerfristig zu privatisieren. Von SBB und Swisscom bis zu den Universitäten und öffentlichen Spitälern sind neue Leitungshierarchien entstanden, die nach kapitalistischer Logik funktionieren, sich nach dem „Markt“ richten und die Beschäftigten von den unternehmerischen Entscheidungen ausschliessen.

Die Verselbständigung staatlicher Unternehmungen hätte dann einen wirtschaftsdemokratischen Sinn, wenn sie als partizipative Autonomie ausgestaltet würde. Wirtschaftsdemokratisch verfasst ist der Service public ja erst, wenn nicht nur die Vorgaben des Staates demokratisch zustande kommen, sondern wenn auch die Beschäftigten, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Kommunen wenigstens ein Mitspracherecht bei den richtungsweisenden Entscheidungen und jedenfalls ein Mitentscheidungsrecht bei deren Vollzug erhalten. Das Programm schreibt noch etwas zögerlich: „Neben der öffentlichen Hand sollen auch die Arbeitnehmenden und die Konsumenten und Konsumentinnen in die tatsächliche Entscheidungsfindung eingebunden werden.“

Die Unruhe des Pflegepersonals kantonaler Spitäler bringt solche Mitbestimmungsdefizite an den Tag. Warum soll es seine Vertretung in der Spitaldirektion nicht selber wählen können? Was spricht gegen sein Mitbestimmungsrecht bei der Umsetzung von politischen Direktiven? Warum soll das Personal unsinnige Sparvorgaben nicht durch ein Veto aussetzen und einer Schiedskommission unterbreiten können, wenn in Regierung und Parlament bürgerliche Mehrheiten verrückt spielen?

Nur durch umfassende Partizipationsrechte der Beschäftigten und Betroffenen wird der Service public die flächendeckende Versorgungssicherheit, die Arbeitsplatzsicherheit, die Lohngleichheit und die ökologische Nachhaltigkeit garantieren, damit aber auch gegenüber der Privatwirtschaft eine Vorbildrolle übernehmen. Darüber hinaus könnte der „wirtschafts-demokratisierende“ Staat in seinen Funktionen als Eigentümer von Unternehmen, Grosskunde und Wirtschaftsförderer aktiv zur Verbreitung demokratischer Strukturen in privaten Unternehmen beitragen.

2.2.2. Mitbestimmung und Mitarbeitergesellschaft

In Anlehnung an die 1976 an der Urne gescheiterte Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften erklärt die SP ihre Absicht, „in den grossen Unternehmen für eine wenigstens gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeit mit dem Kapital und auch in den übrigen Bereichen der Wirtschaft für mehr Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu kämpfen“. Das Postulat ist aktueller denn je. Noch immer wird das Verhältnis von Kapital und Arbeit durch die „Subjekt-Objekt-Beziehung“ bestimmt, die der Wirtschaftsrechtler Walter R. Schluep schon vor vierzig Jahren analysiert hat: Die Unternehmung ist im geltenden Gesellschaftsrecht ein „Sachinbegriff“ ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sprich: „Beherrschungsobjekt der AG“. Das Eigentum als „Herrschaftsrecht“ unterwirft sich so nicht nur „alle materiellen und immateriellen Güter, die zur Unternehmung gehören“, sondern auch „die in der Unternehmung tätigen Menschen, weil diese unter der Herrschaft des Vertrages stehen und damit sozusagen als Handlungsgüter wiederum in Gestalt des subjektiven Rechts dem Unternehmer verfügbar werden.“⁷ So hat ein Rechtswissenschaftler, ein bürgerlicher zumal, den Arbeitsvertrag als Unterwerfungsvertrag unter das Kapital und dessen Repräsentanten auf den juristischen Begriff gebracht. Dieser Vorrang des Kapitals vor der Arbeit ist sozialetisch pervers, ihn durch Mitbestimmung zu korrigieren eine immer noch bescheidene Forderung.

Weiter geht das Programm mit der von Ota Šik im Prager Frühling 1968 konzipierten Mitarbeitergesellschaft. Nach diesem Modell wird das Kapital durch eine gesetzlich festgelegte Quote an den Betriebsgewinnen peu à peu für die Belegschaft neutralisiert, bis diese eine Mehrheitsposition erreicht und die Befugnisse der bisherigen Aktionärsversammlung übernimmt. Das Programm lässt offen, ob die Demokratisierung der grösseren Unternehmungen über die Mitbestimmung oder über die weitergehende Mitarbeitergesellschaft erfolgen soll. Die Frage wurde in der SP nicht einmal diskutiert.

2.2.3. KMU – Kleinere und Mittlere Unternehmen

Unreflektiert bleibt der Stellenwert der KMU im neuen Programm. Wenn es heisst, dass „ihre Grösse deren Demokratisierung erleichtert“, dann ist

das nicht nur grundsätzlich unzutreffend, sondern auch strategisch fragwürdig. Es macht einen Unterschied, ob das Produktionsmitteleigentum anonym ist und nur mit seiner Einlage (Aktie) haftet, oder ob der Unternehmer-Eigentümer mit seinem ganzen Vermögen das Risiko seiner Entscheidungen trägt und erst noch einen eigenen Arbeitseinsatz leistet. Die Unterscheidung ist auch für eine strategische Gegenhegemonie von Bedeutung, soll nicht das Gewerbe aus unbegründeten Sozialisierungsängsten ins Lager des Grosskapitals, gar der Hochfinanz getrieben werden.

Zu Recht hingegen will das Programm das Genossenschaftswesen im KMU-Bereich fördern. Es macht dazu den Vorschlag eines „staatlichen KMU-Fonds“. Dieser soll „Betriebe aufkaufen, die keine Nachfolge finden, und sie in Genossenschaften umwandeln“. Nicht ins Programm aufgenommen wurde die „Branchendemokratie“, die früher einmal ein korporatistisches Projekt des SGB in der Form von „überbetrieblichen paritätischen Kommissionen“ war und heute von gewerkschaftlichen Vordenkern als betriebsübergreifende Zusammenarbeit im Interesse einer Bedarfswirtschaft neu thematisiert wird.⁸

2.2.4. Internationale Ebene

Mit den wirtschaftsdemokratischen Vorschlägen des SP-Programms wäre der sich globalisierende Kapitalismus noch lange nicht überwunden. Das Programm plädiert daher für „die Demokratisierung der Wirtschaft auch auf internationaler Ebene“. Aber seine Ansätze, so richtig und wichtig sie im Einzelnen sein mögen, weisen über eine soziale Weltmarktwirtschaft nicht hinaus. Erwähnt seien: „staatliche Regulation bestimmter Kernmärkte; Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Errichtung eines transnationalen Service public statt transnationale Privatisierungen; Demokratisierung internationaler staatlicher Behörden mit Zuständigkeiten in der Wirtschaftssteuerung (WTO, IWF, Weltbank, ILO) und Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats innerhalb der UNO.“ Die SP will sodann „transnational tätige Unternehmen demokratisieren und sowohl auf Unternehmens- als auch Branchenebene Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten durchsetzen“. Aber wie und mit welcher Wirkung?

2.3. Überwindung des Kapitalismus?

„Überwindung des Kapitalismus“ hiesse auch: Wie werden Konkurrenten zu Partnern, wie wird Ellenbogenmentalität durch Solidarität überwunden? Mit einem linken Kritiker der Unternehmensmitbestimmung gefragt: „Führt sich zum Beispiel eine demokratisch geführte Novartis mit Mitbestimmung auf Unternehmensebene auf dem Weltmarkt anders auf als eine nicht demokratisch geführte Novartis?“⁹ Im Vertrauen auf die „Effizienz“ des Marktes und des Wettbewerbs vermeidet das Programm solche Fragen.

Und wie steht es mit der Überwindungsstrategie im Fall des vom Programm favorisierten EU-Beitritts? Der Vertrag von Lissabon hat für den EU-Binnenmarkt eine neoliberale Markt- und Eigentumsideologie festgesetzt, die den Visionen des Programmentwurfs diametral entgegensteht. In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verdunstet das Recht auf Arbeit zu einem „Recht auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst“ (Art. 29). Dafür dominieren die kapitalistischen Freiheitsrechte: unternehmerische Freiheit (Art. 16) und Eigentumsrecht (Art. 17). Die Einstimmigkeit der Staaten, die bei grundlegenden Änderungen internationaler Regeln erforderlich ist, dürfte systemverändernde Reformen zusätzlich erschweren. Europa- wie weltweit sind Demokratisierung der Wirtschaft und Überwindung des Kapitalismus wohl nur noch durch mächtige zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen denkbar.

In einen weiteren Widerspruch verwickelte die Parteileitung das Programm mit dem Konzept einer „vorsorgenden Sozialpolitik“. Das angeblich Neue dieser Sozialpolitik liegt darin, dass sie dem Staat die Aufgabe zuweist, die Menschen für den „Arbeitsmarkt“ zu qualifizieren. Das Programm meint jetzt gar: „Der vorsorgende Sozialstaat [...] entwickelt sich zu einem befähigenden und ermöglichenden Staat weiter, der dafür vorsorgt, dass alle ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben führen können.“ Was als Notmassnahme akzeptiert werden könnte, wird durch ein Versprechen überhöht, das Wirtschaftsdemokratie und Überwindung des Kapitalismus scheinbar überflüssig macht: Ein „von Bevormundungen aller Art (sic!) emanzipiertes Leben“ ist jetzt schon im real existierenden Arbeitsmarkt möglich, wenn der Staat die nötige Vorsorge trifft. Es geht hier nur noch um die Absicherung arbeitswilliger Individuen statt um die kollektive Anstrengung für Beschäftigung und sozialen Fortschritt, die „nur erreicht werden können, wenn die arbeitende Klasse solidarisch auftritt und als Kollektiv für die Verbesserung der gemeinsamen Klassenlage einsteht“, wie die SP Stadt St. Gallen am Parteitag vergeblich monierte.

Allerdings setzt das Programm dann doch wieder einen Kontrapunkt zu diesem Widerspruch, indem es die Übertragung des Systems der Ergänzungsleistungen auf alle armutsbetroffenen Haushalte vorsieht. Diese „Grundsicherung“ könnte Erwerbslose gerade vom Zwang befreien, sich für den Arbeitsmarkt qualifizieren zu müssen. Da bedarfsabhängig, unterscheidet sie sich aber vom „bedingungslosen Grundeinkommen“, als das der Parteitagsentscheid fälschlicherweise kolportiert wurde.

Vor dem Hintergrund solcher Widersprüche ist das strategische Ziel „Überwindung des Kapitalismus“ keineswegs als verbalradikale Forderung oder „ideologischer Ballast“ abzutun, ganz im Gegenteil. Der Stachel bleibt, dass eine linke Partei nicht ohne die Vision einer anderen Welt auskommen kann. So hat das Reizwort von der „Überwindung des Kapitalismus“ aber auch eine symbolische Bedeutung, da die veröffentlichte

Meinung an ihm festmacht, ob die SP eine radikale, die Systemfrage stellende oder bloss eine linksbürgerliche Partei sein wolle.

3. Wirtschaftsdemokratie in der Dialektik von Ökologie und Ökonomie

Die SP plant „den ökologischen Umbau der Wirtschaft“ bis hin zum „geschlossenen Kreislauf [...], in dem die vermeintlichen Abfallstoffe die Ausgangsstoffe neuer Produktionszyklen sind“. Für eine konsequente Klimapolitik ist für das Programm „unerlässlich, den Energieverbrauch pro Person auf einen Drittel, also 2000 Watt, und den CO₂-Ausstoss um rund 80 Prozent, auf maximal eine Tonne pro Person und Jahr, zu senken“. Dazu gehöre auch die „Internalisierung der externen Kosten“.

Doch das Programm lässt es weitgehend bei solchen Absichtserklärungen bewenden. Trotz lancierter Cleantech-Initiative, die 100'000 neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien schaffen soll, bleibt immer noch im Vagen, wie das Programm seine ökologischen Ziele samt „Ausstieg aus der Atomenergie“ erreichen will. Ohne Kampf gibt das Alte bekanntlich nicht auf. Oder mit den Worten des Programms: „Dem unverzichtbaren ökosozialen Umbau der Wirtschaft stehen weiterhin die Interessen jener entgegen, die aus der bisherigen Ausrichtung der Wirtschaft auf fossile Energien und auf die hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ihre Profite ziehen.“

Für die Überwindung des fossilen Kapitalismus durch eine nachhaltige Wirtschaft müsste die Wirtschaftsdemokratie zum Zug kommen und sich bewähren. Nun hat aber der Programmparteitag die Einführung eines vom Volk zu wählenden Wirtschafts- und Sozialrates abgelehnt, sodass offen bleibt, welches andere Organ den Grundauftrag erhalten soll, die Weichen für die Zukunftswirtschaft zu stellen. Etwa das real existierende Parlament? Jedenfalls braucht es interdisziplinäre Institutionen, um die Indikatoren von Nachhaltigkeit und Übernutzung zu bestimmen, ferner unabhängige (Treuhand-)Institutionen, die sämtliche Kosten für den Verbrauch von Ressourcen, auch von Allgemeingütern wie Luft, Wasser, Boden, Wald, Fischbeständen usw. erheben und Nutzungsgrenzen festlegen¹⁰, sowie ein nationales Kompetenzzentrum, das die ökologische Re-Industrialisierung, insbesondere durch erneuerbare und dezentrale Energien, mehr Energieeffizienz und Ökosanierungen, plant.

Das Programm sieht wenigstens einen „Industriefonds“ vor, der, ausgestattet mit den „Kapitalien der Sozialversicherungen“, „für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und deren Demokratisierung sorgt und zur Finanzierung von Unternehmen des Service public und öffentlicher Infrastrukturaufgaben herangezogen werden kann“. Zögerlich erwähnt es auch die sozial-ökologische Aufgabe der Pensionskassen, deren „Kapita-

lien nur in sozial verantwortungsvolle und ökologisch nachhaltige Unternehmen investiert werden“ sollen. Warum nicht die angesparten Gelder der Zweiten Säule ganz oder teilweise in den ökologischen Umbau der Wirtschaft einbringen und hier erst noch krisenresistent anlegen?¹¹

Die „List der Vernunft“ arbeitet für die Wirtschaftsdemokratie. Die Vernunft setzt auf die weltweit gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen und der Allgemeingüter nach Massgabe ihrer Regenerierbarkeit. Deglobalisierung wäre die Konsequenz einer für die Menschheit überlebensnotwendigen Nachhaltigkeit. Muss nur schon die Mobilität ihre (Transport-)Kosten decken, wird die dezentrale Produktion günstiger, eine industrie- und agrarpolitische (Re-)Regionalisierung möglich. Aber auch die erneuerbaren Energien, allen voran die Solarenergie, können dezentral gewonnen werden. Wenn dank globaler Nachhaltigkeit weder der globale Markt noch der transnationale Gigantismus der Multis die regionale Wirtschaft mehr bestimmen, gibt die „List der Vernunft“ der Wirtschaftsdemokratie eine reale Chance.

Und so sieht die geglückte, zukunftsfähige Dialektik von Ökologie und Ökonomie aus: Die solare Gesellschaft – verstanden als pars pro toto einer auf erneuerbare Energien fokussierten Kreislaufwirtschaft – ist eine solidarische Gesellschaft, da sie die weltweit gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen und der Allgemeingüter in der Höhe ihrer Regenerierbarkeit ermöglicht. Eine solidarische Gesellschaft ist aber auch eine demokratische Gesellschaft. Sie lässt die Menschen nicht nur an den natürlichen und an den produzierten Gütern teilhaben, sondern darüber hinaus an allen wichtigen Entscheidungen, die das Wohl der heutigen und der kommenden Generationen betreffen. Wirtschaftsdemokratie ist Ausdruck der Verantwortung der Menschen für ein Leben in Würde und im Einklang mit der Natur, aber auch nur als sozial-ökologische sinnvoll.

Anmerkungen

- 1 www.spschweiz.ch/parteiprogramm. Im Folgenden wird daraus zitiert.
- 2 Zu diesem Thema vgl. auch Hartmut Meine et al. (Hrsg), 'Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!', Hamburg 2011; Demokratie und globale Wirtschaftskrise, Widerspruch Heft 55, 2008, Zürich; Fritz Vilmar, Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative, Widerspruch Heft 43, 2002, 39ff.
- 3 Sozialismus und Moral, Widerspruch Heft 12, 1986, Zürich; nachgedruckt in: Arnold Künzli, Rettet die Freiheit – vor ihren Beschützern!, Basel 1989, S. 116.
- 4 Stenographisches Bulletin, Nationalrat, 1975, S. 560.
- 5 Plädoyer für ökonomische Bürger- und Menschenrechte, in: Neue Wege, Nr. 2/2003, S. 51.
- 6 Arthur Rich, Mitbestimmung in der Industrie, Zürich 1973, S. 58.
- 7 Walter R. Schluep, Mitbestimmung?, Zürich 1971, S. 18f.

- 8 Siehe: Beat Ringger, Masst Euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus, Münster 2011, S. 99.
- 9 Thomas Heilmann in: Denknetz-Fachgruppe 'Politische Ökonomie': Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie? Denknetz Jahrbuch 2009, S. 82.
- 10 Siehe: Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Bonn 2008, S. 291f.
- 11 So ein Vorschlag von Oliver Fahrni in: work 3.10.08.



**KLIO Buchhandlung und Antiquariat
von der Crone, Heiniger Linow & Co.**

Wissenschaftliche
Buchhandlung mit
umfangreichem
Sortiment und
fachspezifischen
Dienstleistungen

Buchhändlerisch und
wissenschaftlich
ausgebildetes Personal

Eigene Neuheitenkataloge

An- und Verkauf
antiquarischer Bücher

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 42 12

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 86 10

www.klio-buch.ch

Geschichte

Philosophie

Mathematik

Germanistik

Alte Sprachen

Soziologie

Politologie

Ethnologie

Theologie

Kommunikation

Belletristik

